

Freiheit und Verantwortung der Medien im Prozess von Migration und Integration

Rede von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble beim M 100 Sanssouci Colloquium 2007 am 7. September 2007 in Potsdam

I. Wirkung der Medien

In dem Prozess zunehmender weltumspannender Kommunikation kommt den Medien besondere Bedeutung zu – auch wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass dezentrale Informationsvermittlung auf Kosten der klassischen Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen zunehmend an Bedeutung gewinnen und zu einer immer stärkeren Auflösung von Massen- und Individualkommunikation führen. Oder bildhafter gesprochen: YouTube und myspace sind zur veritablen Konkurrenz von ARD und BBC geworden.

Die Bedeutung und Wirkung der Medien betrifft auch die Herausforderung unserer Gesellschaften durch Migration. Die Entwicklung der Migrationsströme und das Gelingen von Integration werden in nicht unerheblichem Maß von Medien beeinflusst. Medien verstärken den Zustand der Gleichzeitigkeit völlig unterschiedlicher Entwicklungsstände – wirtschaftlich, kulturell, politisch, sozial –, indem sie Informationen in jedem Winkel der Erde verfügbar machen. So tragen sie zu den großen Migrationsströmen bei.

Ein Beispiel hierfür ist die Initiative von Alicia Navarro. Die Spanierin ist Honorarkonsulin Guineas in Las Palmas, und sie hat einen nur 17-minütigen Dokumentarfilm über das Schicksal von Schwarzafrikanern gedreht, die über die Kanarischen Inseln nach Europa gelangen wollen. Diesen Film – ein Film, der nicht die verheißungsvolle Konsumwelt, sondern die traurige Realität zeigt – hat Frau Navarro auf bislang acht Reisen in Guinea gezeigt: in Krankenhäusern, Schulen, Moscheen, in Stadien, Kinos und auf öffentlichen Plätzen. Bis heute haben etwa 2 Mio. Guineer den Film gesehen. Und nach Angaben der Konsulin sind im Jahr 2005 rund 60 Prozent weniger Guineer auf den Kanarischen Inseln gelandet als 2004. Die Initiative Frau Navarros zeigt, wie groß die Rolle der Medien ist.

Die Medien tragen außerdem natürlich vielfältig zu den Lebensumständen bei, unter denen Migranten in den Zielländern leben. Sie tragen dazu bei, ob Integration gelingt oder nicht, ob Aufnahmebereitschaft und Toleranz der Bevölkerung wachsen oder abnehmen.

II. Funktion und Aufgabe der Medien

Nun wird die Macht der Medien zuweilen als Bedrohung empfunden und gerne beklagt. Aber wenn die Presse wirkungslos wäre, bräuchten wir sie nicht.

Die Presse soll Information und Meinungsbildung fördern. Der öffentliche Diskurs ist die Grundlage politischer Willensbildung, also wesentliche Grundlage der Demokratie. Es ist die Aufgabe der Presse, die staatlichen Instanzen in unserem System von checks and balances zu kontrollieren. Dafür muss sie auch Kritik üben. Das ist ein konstitutives Element jeder

freiheitlichen Ordnung.

Deswegen ist die Pressefreiheit notwendige Grundvoraussetzung jeder freiheitlich-demokratischen Entwicklung und Ordnung, die auf geistiger Auseinandersetzung beruht. Ohne Kritik, ohne Kritikfähigkeit gibt es keine gelebte Demokratie, weil Kritik letzten Endes auch den Prozess von trial and error ermöglicht. Das gilt übrigens – das möchte ich dann doch noch ergänzen – für alle Inhaber von Einfluss, Macht oder auch öffentlicher Gewalt.

Die Presse kann ihre öffentliche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie staatsfrei ist. Daher gehört es nicht zu den Aufgaben der Presse, politische Ziele der Bundesregierung zu fördern – auch wenn wir das gelegentlich gerne hätten. Wir bewältigen die Herausforderungen und Aufgaben unserer Gesellschaft am besten mit einer freien Presse. Eine freie Presse gewährleistet den Schutz von Minderheiten auf Dauer besser als Zensur, Selbstzensur oder Tabus.

III. Verantwortung der Medien

Die Aufgabe der Presse in der freiheitlichen Demokratie und das daraus resultierende Grundrecht der Pressefreiheit bringen aber Verantwortung mit sich. Freiheit gelingt eben nur, wenn möglichst viele ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden. Und die Presse erfüllt ihre öffentliche Funktion auf Dauer nur, wenn sie ihren Beitrag leistet, ein zutreffendes Bild der Wirklichkeit zu vermitteln, also eine sorgfältige, differenzierte und in der Gesamtheit ausgewogene Berichterstattung gewährleistet.

Nun ist der Wettbewerb um das knappe Gut Aufmerksamkeit bei zunehmenden Informationen und wachsender Konkurrenz mit anderen Informations- und Kommunikationsquellen wie dem Internet immer härter geworden. Und in dem härter werdenden Wettbewerb nimmt die Konformität, Banalität und Skandalträchtigkeit der Informationen, die sich in einer bestimmten Zeiteinheit durchsetzen können, zu. Früher war eine stärkere Differenzierung bei der Themenstellung der Medien zu beobachten, als es heute der Fall ist.

Ein Rest an Gelassenheit in der Bevölkerung ist aber wichtig, um das Sicherheitsempfinden zu wahren, um Vorurteile zu bekämpfen, um Solidarität und Toleranz zu erhalten – und dieses und anderes nicht durch zu viel Aufregung und Alarmismus zu beschädigen. Da sehe ich dann auch eine Verantwortung der Medien. Dass eine übersteigerte, der Realität nicht entsprechende Bedrohungswahrnehmung der Integration eher hinderlich ist, brauche ich nicht lange zu erläutern. Also kommt es auf Objektivität und Verhältnismäßigkeit auch in der Berichterstattung insgesamt ganz entscheidend an.

Das heißt jedoch nicht, dass wir eine beschönigende Berichterstattung brauchen. Die wäre ebenso schädlich. Medien haben keinen vormundschaftlich-erzieherischen Auftrag, sondern dienen der Meinungsbildung des Souveräns. Journalisten müssen Vertrauen in die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger haben und ihnen die ungeschminkte Wahrheit zumuten. Unbeschränkte gesellschaftliche Kommunikation gehört eben zu den Funktionsbedingungen freiheitlich verfasster Gesellschaften. Im Übrigen bin ich überzeugt, dass man eine problematische Wirklichkeit am ehesten ändert, indem man die Probleme klar benennt.

Ich will beim Stichwort „Verantwortung“ eine Bemerkung zum dänischen Karikaturenstreit machen. Das Beispiel der Mohammed-Karikaturen hat gezeigt, wie schnell aus einer dänischen Provinzpublikation eine konkrete Gefahr in Weltgegenden wurde, die die Redakteure der Zeitung bei ihrer Arbeit wohl nicht als Verbreitungsgebiet im Auge hatten.

Aber das Potenzial an Missbrauch, das sich hinter diesem Phänomen mit dem Karikaturenstreit verbirgt, darf dann auch nicht im vorseilenden Gehorsam dazu führen, dass wir die Freiheitsrechte gar nicht mehr wahrnehmen. Deswegen gehört zur Verantwortung auch Selbstbewusstsein. Gesprächsbereitschaft, Rücksichtnahme und Toleranz sind das Eine, das Andere ist, für die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft einzutreten und sie dadurch zu bewahren. Die vorseilende Schere im Kopf wäre jedenfalls die völlig falsche Lösung.

Es gibt einen weiteren Punkt: Für die Integration etwa der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland ist es hilfreich, wenn sie sich nicht nur aus türkischsprachigen Medien unterrichtet. Denn die Deutschkenntnisse als Voraussetzung für gelingende Integration insbesondere der Kinder und Jugendlichen werden dadurch wenig gefördert. Ohne gemeinsame Kommunikation ist aber das Zusammenleben in einer freiheitlich verfassten Welt nicht möglich und wachsende Separierung, Ghettobildung bis hin zu zunehmenden Konflikten werden dann fast unvermeidlich. Wenn man das nicht will, braucht man entsprechende mediale Angebote.

IV. Kontrolle der Medien

Verstehen Sie das als Anregung, nicht als Kritik – davor werde ich mich tunlichst hüten. Die Frage, wer die „vierte Gewalt“ in unserem Staat dem notwendigen Element der Kritik unterwirft, ist allerdings eine Frage, die man intensiver diskutieren kann und wahrscheinlich auch muss – weil am Ende keine öffentliche Gewalt ohne Kritik funktionieren kann.

Nun gibt es presseeigene Institutionen, die auf sorgfältige journalistische Arbeit und wahrheitsgetreue Unterrichtung der Öffentlichkeit hinwirken sowie Auswüchse der Berichterstattung rügen. Vielleicht kann man heute sagen, dass es sogar das Besondere an der Presse ist, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst ist und sie im Großen und Ganzen wahrnimmt. In dieser Besonderheit liegt auch eine Chance im Wettbewerb mit den erwähnten, neuen Formen der Kommunikation und Informationsverbreitung, bei der es keine entsprechenden Kontrollmechanismen gibt. Dort liegen Probleme. Denn auch eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit findet in dezentralen Informationsstrukturen wie dem Internet praktisch nicht statt. Dagegen ermöglicht die massenmediale Verbreitung von Presse und Rundfunk aufgrund der Gleichzeitigkeit der Informationsvermittlung den öffentlichen Diskurs und damit eine Kontrolle.

V. Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Einflussnahme

Der demokratische Staat ist zu Recht zurückhaltend, wenn es um die Regulierung Kontrolle der Medien geht. In einer Zeit, in der die klassischen Medien immer stärker im Wettbewerb mit anderen Formen der Informationsvermittlung stehen, gewinnt diese Zurückhaltung zusätzlich an Bedeutung.

Eine sachlichere, differenziertere, ausgewogenere oder sensiblere Berichterstattung vorschreiben, das kann der Staat nicht – selbst wenn er einmal der Auffassung ist, dass dies im Sinne des Gemeinwohls wünschenswert wäre. Denn der Staat ist nicht omnipotent. Er soll es nicht sein um der Freiheit willen. Deswegen muss man sich bei der Behandlung dieses Themas immer klar machen, dass der freiheitliche Staat nicht alles leisten kann, was man gern in dieser oder jener Richtung hätte, dass er es leisten soll. Und deswegen kann er auch nicht

alles erzwingen, was man sich gerne wünschen würde. Die Unvollkommenheit ist eine Voraussetzung dafür, dass Freiheitsräume eröffnet bleiben, die dann die Menschen so oder so füllen können, das heißt auf Deutsch: mit mehr oder mit weniger Verantwortung.

In einer sich weitestgehend selbst regulierenden Medienlandschaft kann der Staat vor allem und immerhin eines tun: die Selbstreflexion der Medien fördern und für verantwortliche Berichterstattung werben. Dies ist auch eines der Ziele der Deutschen Islam Konferenz. Die Arbeitsgruppe 3 „Wirtschaft und Medien“ der Konferenz setzt sich mit dem Medienbild des Islam in Deutschland auseinander – und soll sich umgekehrt auch mit der Berichterstattung von Medien aus muslimisch geprägten Staaten über „den Westen“, Deutschland und die deutsche Gesellschaft beschäftigen, wobei dieser zweite Teil bisher noch aussteht.

Übereinstimmung gab es bei der Frage, dass ein breiteres Bild der Öffentlichkeit über den Alltag von Muslimen in Deutschland erstrebenswert ist. Ehrenmorde sind auch in der muslimischen Gesellschaft ein absoluter Ausreißer. Gerade deshalb haben sie natürlich Nachrichtenwert. Aber es ist dann vielleicht genauso interessant, dass der Alltag der allermeisten Muslime in unserem Land – und das sind inzwischen über 3 Millionen – weit weniger spektakulär ist, als manche glauben – weil er normal in dem Sinne ist, dass das Zusammenleben **aller** Menschen in Deutschland nicht primär von kulturell-ethnischen oder religiösen Differenzen bestimmt ist. Und das ist sehr begrüßenswert.

Es gab eine Reihe weiterer Anregungen und Debatten in der Arbeitsgruppe. Und unabhängig davon, ob in allen Punkten Übereinstimmung herrscht, kann ein solches Forum sicher zum gegenseitigen Verständnis beitragen und vielleicht auch, wo nötig, zu einer breiteren und differenzierteren Berichterstattung.

Einmal abgesehen von diesem Expertenaustausch, hat schon die Islamkonferenz als Solche dazu geführt, dass das Thema Islam in den Medien ausführlicher behandelt wurde und so dazu beigetragen, ein differenzierteres Bild des Islam und der Muslime in den deutschen Medien zu zeichnen. In dem Maße, in dem auch Politik sich um Differenzierung bemüht, fällt es Journalisten leichter, bei Veröffentlichungen einerseits Selektionskriterien medialer Aufmerksamkeit und andererseits die Vielfalt muslimischen Lebens hier und in islamisch geprägten Gesellschaften in Einklang zu bringen.

VI. Resümee

Letztlich hängt natürlich die Art und Weise der Medienberichterstattung von den Medienschaffenden selbst ab. Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse bringt Verantwortung der an Medienproduktionen Beteiligten mit sich. Sie sind gefordert – und Sie tun es ja heute auch – als eigenverantwortlich handelnde Eliten kritisch über die Entstehung, Wirkung und Konsequenzen von Veröffentlichungen zu reflektieren.

Die Wahrnehmung von Verantwortung ist immer auch mit der Fähigkeit zur Selbstkritik verbunden. Die Bereitschaft hierzu müssen alle Inhaber von Einfluss, Macht oder auch öffentlicher Gewalt aufbringen. Ein Schritt auf diesem Weg sind Veranstaltungen wie heute. Ich hoffe, dass Sie vielfältige Anregungen und neue Erkenntnisse für ihr Wirken mit nach Hause nehmen, und wünsche Ihnen und uns allen, dass wir – jeder für sich und jeder in seiner Aufgabe – unsere Verantwortung für das friedliche und freiheitliche Zusammenleben wahrnehmen.